



Presseschau vom 17.07.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Abends/nachts:

Dan-news.info: „In **Dokutschajewsk** in der Gornaja-Straße 21 wurde **eine Frau**, geb. 1955, in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **verletzt**“, teilte die Stadtverwaltung mit.

Der Vorfall ereignete sich in Folge eines direkten Treffers einer Rakete auf ein Wohnhaus. Die Vertretung der DVR im GZKK hatte zuvor mitgeteilt, dass heute zwischen 19:00 und 19:30 Uhr von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowotroizkoje Dokutschajewsk mit einer Antipanzerlenkrakete beschossen wurde.

Armiyadnr.su: Dringende Mitteilung des operativen Kommandos der Volksmiliz der DVR: Nach dem Treffen der Staatsoberhäupter Russlands und der USA, bei dem die ukrainische Frage zweitrangige Bedeutung hatte, hat die militärisch-politische Führung der Ukraine beschlossen, mit ihren primitiven und unmenschlichen Mitteln die Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen.

Die Kämpfer der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Klotschkow haben weiter friedliche Einwohner terrorisiert. So wurden heute um 19 Uhr wieder zielgerichtet Wohngebiete von Dokutschajewsk beschossen. Der Gegner hat mit Antipanzerlenkraketen geschossen. In Folge des Beschusses wurde Walentina Iwanowna Tubol, geb. 1955, verletzt. Sie wurde ins zentrale Krankenhaus von Dokutschajewsk eingeliefert mit der Diagnose Detonationsverletzung, zahlreiche Splitterverletzungen am Rücken, am linken Oberschenkel und am linken Bein.

Informationen zu den Fällen von Beschuss von Seiten der Besatzungskräfte werden noch ermittelt.

de.sputniknews.com: „Es war Verrat!“ – Ex-CIA-Chef über Trumps Rede bei Pressekonferenz mit Putin.

Der ehemalige CIA-Direktor John Brennan hat den Auftritt von US-Präsident Donald Trump bei der Konferenz in Helsinki als Verrat bezeichnet.

Brennan zufolge reicht die Rede des Staatschefs „weit über die Grenzen gravierender Verbrechen und Fehlritte hinaus“. „Es war nichts anderes als Verrat. Nicht genug, dass Trumps Äußerungen idiotisch sind, er hängt auch noch an Putins Angel“, schrieb Brennan auf Twitter.

Brennan hatte sich zuvor die Frage gestellt, warum sich der US-Staatschef mit seinem russischen Amtskollegen unter vier Augen treffen wollte. „Was hatte er vor (Sicherheitsberater John) Bolton, (Außenminister Mike) Pompeo, (dem Verwaltungschef des Präsidenten John) Kelly und der US-amerikanischen Öffentlichkeit zu verbergen?“, so Brennan. Er fügte hinzu, dass das mangelnde Ansehen Trumps jede seiner Äußerungen bezüglich des Treffens und der Vereinbarungen äußerst zweifelhaft mache.

Die Präsidenten der beiden Länder hatten sich am Montag in Helsinki getroffen. Ihre Verhandlungen, darunter auch ein Vier-Augen-Gespräch, dauerten fast vier Stunden.

Brennan hatte zuvor erklärt, dass Russland etwas gegen Trump in der Hand habe und Putin den US-Staatschef einschüchtern könnte.

Während der Verhandlungen in Helsinki haben die beiden Politiker den Besitz von Belastungsmaterial gegen den jeweils anderen Gesprächspartner kategorisch zurückgewiesen.

Putin bezeichnete derartige Anschuldigungen als Unsinn, weil Russland kein Belastungsmaterial gegen alle aus Geschäftsgründen einreisenden Unternehmer sammle.

Trump sagte dazu, wenn es solche Informationen gegeben hätte, wären sie längst veröffentlicht worden.

Die beiden Politiker zeigten sich im Allgemeinen zufrieden mit ihrem ersten Vollformat-Treffen.

Brennan hatte von März 2013 bis Januar 2017 die CIA geleitet.

Vormittags:

lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden zweimal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk und Shelobok**.

Geschossen wurde mit 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 16. Juli 3:00 Uhr bis 17. Juli 3:00 Uhr

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 7.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Donezk (Trudowskije, Spartak), Dokutschajewsk, Petrowskoje**.

Am 16. Juli wurde durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte auf

Dokutschajewsk eine örtliche Einwohnerin verletzt – W.I. Tubol, geb. 1955. Außerdem wurde

ein Haus in der Gornaja-Straße 21 beschädigt.

Außerdem wurden am 16. Juli in Folge des Beschusses durch die ukrainischen Streitkräfte auf Dokutschajewsk folgende Häuser beschädigt:

- Majskij-Gasse 8 – Wände beschädigt;

- Majskij-Gasse 10 – Dach und Decke beschädigt.

Nach genaueren Informationen wurde am 16. Juli durch Beschuss von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Nowotroizkoje auf Dokutschajewsk eine Wohnung in der Lenin-Straße 112, Wohnung 28 beschädigt. Beschädigt wurden Balkon und Verglasung.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgefeuerten Geschosse betrug 105

Wir erinnern daran, dass die Zahl der abgefeuerten Geschosse mit einem Kaliber unter 12,7 mm nicht in die Gesamtstatistik der Zahl der Geschosse im täglichen Bericht eingeht..

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 36.

Ab 00:01 Uhr am 1. Juli 2018 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, nachhaltigen und unbefristeten Regime der Feueereinstellung – der „Brot“-waffenstillstand – in Kraft.

de.sputniknews.com: So schätzt Putin möglichen Nato-Beitritt der Ukraine ein:

Der russische Staatschef Wladimir Putin hat in einem Interview mit dem TV-Sender Fox News erklärt, wie sich Moskau zu einer möglichen Nato-Erweiterung durch die Aufnahme Georgiens und der Ukraine verhält.

„Das Vorrücken der Nato-Infrastruktur zu unseren Grenzen würde für uns eine Gefahr darstellen, deswegen würden wir dies natürlich äußerst negativ bewerten“, sagte Putin in Bezug darauf, wie er einen möglichen Beitritt der Ukraine und Georgiens zur Nato einschätzen würde.

Wie Putin ferner ausführte, gibt es die Möglichkeit, unmittelbar mit diesen Ländern im bilateralen Format zu arbeiten, ohne sie dabei in die eigenen Reihen aufzunehmen.

„Als die Sowjetunion ihre Truppen aus Deutschland abgezogen hatte, wurde uns versprochen, dass sich die Nato nicht Richtung Osten erweitern wird“, erinnerte Putin.

Dan-news.info: „Die ukrainischen Truppen haben gestern um 20:30 Uhr **Dokutschajewsk** beschossen. Dabei wurde eine erdölverarbeitende Einrichtung, das staatliche Unternehmen „Donezkawtogas“ in der Industrialnaja-Straße 3B beschädigt“, teilte die Stadtverwaltung mit. Tote und Verletzte gibt es nicht. Weitere Informationen werden ermittelt.

de.sputniknews.com: „Gucken Sie aufmerksamer“: Putin kontert Vermutung der US-Medien zu russischen Waffen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview mit Fox News die Mutmaßungen der US-Medien, dass die neuesten Waffen Russlands gegen die Vereinigten Staaten gerichtet seien, dementiert.

Der Fox News Journalist Chris Wallace erwähnte in seinem Gespräch mit Putin, dass der russische Staatschef im März eine neue Generation von Lenkwaffen präsentiert und ein Video gezeigt hätte, in dem die „Superrakete über den USA fliegt und in Florida landet“. Wallace fragte, ob diese Demonstration eine „Eskalierung des Wettrüstens“ sei.

„Was die Videomaterialien betrifft, zeigen sie nicht, dass diese Rakete auf die Vereinigten Staaten gerichtet ist. Sie sollten sich unsere Videomaterialien aufmerksamer anschauen“, antwortete Putin.

Wallace behauptete, in der entsprechenden Infografik sei das Wort „Florida“ zu lesen gewesen.

„Nein, dort war nicht ‚Florida‘ geschrieben. Das stimmt nicht. Gucken Sie noch mal und aufmerksamer“, erörterte der russische Präsident.

Er fügte dem hinzu, die US-Medien sollten die Bevölkerung nicht mit nicht existierenden Gefahren erschrecken, und schlug vor, Wallace das erwähnte Video zu schenken.

Am 1. März hatte Wladimir Putin in seiner Ansprache an die Föderale Versammlung zur Lage der Nation eine Reihe von neuen strategischen Waffen präsentiert.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31975/97/319759753.jpg>

Dnr-online.ru: Nach Informationen, die vom Störungsdienst des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ eingegangen sind, ist im Gebiet der **Donezker Filterstation** (Jasinowataja-Bezirk, Krutaja Balka, Schirokaja-Straße 69) in Folge von Kriegshandlungen der Asphalt durch einen Treffer eines explosiven Objekts beschädigt.

Derzeit funktioniert die Donezker Filterstation normal, Schäden an der Infrastruktur der Station wurden nicht festgestellt, verletzt wurde niemand. Dies teilte heute der Pressedienst der Stadtverwaltung von Jasinowataja mit.

de.sputniknews.com: „Kein Anspruch darauf, Symbol Russlands zu sein“ – Putin
Russlands Präsident Wladimir Putin hat in einem Interview für den TV-Sender Fox News erklärt, dass er nicht die Rolle eines Symbols Russlands beanspruche.

„Ich habe keinen Anspruch darauf, ein Symbol Russlands zu sein“, sagte der Präsident. Dabei betonte er, dass gemäß dem geltenden Gesetz die Präsidentschaftsinstitution neben der Flagge und Hymne auch ein Symbol nicht nur von Russland, sondern von jedem anderen Land sei.

Dan-news-info: Interview mit dem Vorsitzenden den Volkssowjets der DVR und bevollmächtigtem Vertreter der DVR bei den Verhandlungen in Minsk Denis Puschilin (Auszüge):

(Es fehlen vor allem allgemeine Aussagen zu Minsk, zusätzlichen Maßnahmen, Einhaltung des Waffenstillstands, Trennung von Kräften und Mitteln etc. da diese nicht über die Erklärungen nach den Verhandlungsrunden hinausgehen; Anm. d. Übers.)

Von der militärischen Problematik gehen wir zu einem anderen wichtigen Thema über – die Funktion des Mobilfunkoperators. Am 9. Juli gab es in der DVR und LVR eine weitere Unterbrechung von Vodafone. Zwei Tage später wurde klar, dass die Verhandlungsteilnehmer in Minsk ein Einvernehmen bezüglich konkreter Maßnahmen zur Stabilisierung der Funktion des Operators in den Republiken erzielt haben. Werden Vertreter von Vodafone in die Republik kommen und die Ausrüstung reparieren oder werden sie online arbeiten?

Bei dieser Frage gibt es drei Probleme: technischen Charakters, bezüglich des Rechtsraums

der Ukraine und bezüglich der Sicherheit. Dies betrifft die dauerhafte Reparatur der Ausrüstung und die Reise von Mitarbeitern von Vodafone in die Republik. Deshalb wird jetzt eine Variante unter Heranziehung internationaler Auftragnehmer in Betracht gezogen, die das Funktionieren des Netzes in den Republiken gewährleisten können. Das ist eine der Varianten. Es gibt ein Einverständnis, die Absicht gibt es auch, deswegen wird dieser Prozess weitergehen.

Was den Gefangenenaustausch betrifft, so ist die Erörterung dieser Frage im letzten halben Jahr praktisch eingefroren. Außerdem sind ukrainische bevollmächtigte Vertreter in der humanitären Untergruppe in der letzten Zeit überhaupt nicht bei den Treffen in Minsk erschienen. Es entsteht der Eindruck, dass die Seiten sich bei der Lösung dieser Frage voneinander entfernt haben. Was ist jetzt weiter zu tun?

Bei einigen der letzten Treffen der humanitären Untergruppe sehen wir tatsächlich das Fehlen von ukrainischen Verhandlern, die Entscheidungen treffen können. Leider ist das so. Aber der Prozess der Erörterung und des Gefangenenaustauschs wird dadurch nicht verzögert. Das hängt mit einer politischen Entscheidung zusammen, die vom Präsidenten der Ukraine Pjotr Poroschenko ausgeht. Wir sehen den Versuch das Format zu ändern, das heißt die Absicht, in den Austausch Terroristen hineinzuziehen, die in Russland festgenommen wurden. Das sind Oleg Senzow und die weitere Gesellschaft, die mit uns keinerlei Verbindung haben.

Kann im nächsten halben Jahr ein Austausch stattfinden?

Diese Prognose kann niemand abgeben, weil wir mit der Ukraine zu tun haben.

Sie als Vorsitzender des Volkssowjets befassen sich mit der Entwicklung der zwischenparlamentarischen Zusammenarbeit der DVR und der LVR. Im Juni haben Abgeordnete beider Republiken in Donezk eine erste Arbeitssitzung durchgeführt. Wie läuft die Realisierung des Protokolls über eine Zusammenarbeit in der Gesetzgebung?

Derzeit läuft eine vollwertige Zusammenarbeit auf der Ebene von Experten. Zurzeit befinden sich drei Gesetzentwürfe, die von den Parlamenten der DVR und der LVR gemeinsam erarbeitet werden, im letzten Stadium der Abstimmung.

Von welchen Gesetzentwürfen ist die Rede?

Erstens, ist es ein Gesetzentwurf über die Verzollung von Transportmitteln, der es erlauben wird, einen absolut transparenten Mechanismus der Einführung von Transportmitteln zu schaffen und von irgendwelchen Schemata weg zu kommen, bei denen es auf einem der Gebiete günstiger ist, Transportmittel einzuführen. Bei uns in den Republiken müssen gleiche und transparente Bedingungen herrschen. Das nächste Dokument ist der Entwurf eines Gesetzes über den Schutz von Kinderrechten, damit dies in den Republiken synchron geschieht, und dies geschieht bei aktiver Beteiligung der Bevollmächtigten für Kinderrechte. Der dritte Gesetzentwurf ist der über die Flagge des Sieges, es geht um einheitliche Standards zur Verwendung ihrer Kopien.

Wie sehen Sie das abschließende Ergebnis der zwischenparlamentarischen Zusammenarbeit? Eine vollständige Vereinheitlichung der Gesetzgebung beider Republiken?

Eine vollständige Vereinheitlichung wird nicht gelingen, des es gibt bestimmte unterschiedliche Bedingungen und Faktoren, die es nicht erlauben dies zu tun. Aber dort, wo es möglich ist, wird die Gesetzgebung synchronisiert werden.

Wie weit kann die Gesetzgebung der DVR und der LVR synchronisiert werden?

Nach unserer Einschätzung kann es uns zu 80 bis 85 Prozent gelingen, die Gesetzgebung der DVR und der LVR zu synchronisieren. Natürlich ist das ein sehr arbeitsreicher Prozess, der davon ausgeht, dass während der ganzen Zeit Gesetze ohne gegenseitige Rücksicht beschlossen wurden.

Es ist bereits bekannt, dass das nächste Treffen von Abgeordneten der DVR und der LVR im September in Lugansk stattfinden wird. Gibt es ein Einvernehmen über die Tagesordnung dieses Treffens?

Die Tagesordnung wird noch von Experten ausgearbeitet. Es ist bekannt, dass die drei Gesetzentwürfe behandelt werden, von denen ich eben gesprochen habe, möglicherweise werden es bis dahin weitere sein.

de.sputniknews.com: Gipfel mit Putin in Helsinki: Trump ignorierte „harten Verhandlungsplan“ - Medien

US-Präsident Donald Trump hat nach Angaben der Zeitung „The Washington Post“ Ratschläge von Mitarbeitern seiner Administration ignoriert, die sie ihm im Vorfeld des Gipfels mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin in Helsinki vorbereitet hatten. Wie das Blatt unter Verweis auf eigene Quellen mitteilte, seien Trumps Äußerungen nicht hart genug gewesen und hätten „sehr stark dem vorgelegten Plan widersprochen“.

Laut der Zeitung wurden Trump Informationsmaterialien von insgesamt 100 Seiten zur Verfügung gestellt.

Obwohl diese klare Hinweise zu den Verhandlungen enthalten haben sollen, habe der US-Staatschef die meisten davon ignoriert, heißt es.

Unter anderem soll es sich dabei um die US-Position zur Krim-Frage, die „Einmischung“ Russlands in den US-Wahlkampf und viele andere Themen gehandelt haben.

Nach Angaben der Zeitung haben der Sicherheitsberater John Bolton und der US-Außenminister Mike Pompeo den Staatschef aufgerufen, Putin „durch ein mehr negatives Prisma“ zu sehen.

Dennoch soll Trump im „Laufe des Spiels beschlossen“ haben, nach seinem Gutdünken zu agieren.

Zuvor soll Trump das Gipfeltreffen mit Putin als einen „guten Anfang“ bezeichnet haben.

Laut Trump strebt Washington „Freundschaft, Zusammenarbeit und Frieden“ mit Moskau an. Zudem soll er seine Hoffnung geäußert haben, dass Treffen mit dem russischen Präsidenten öfter stattfinden würden.

Die Präsidenten der beiden Länder hatten sich am Montag in Helsinki getroffen. Ihre Verhandlungen, darunter auch ein Vier-Augen-Gespräch, dauerten fast vier Stunden.

Nachmittags:

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Koordination der Volksmiliz der DVR zur Lage am 17. Juli 2018:

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Besatzungskräfte die Intensität des Beschusses auf das Territorium der Republik erhöht.

In **Richtung Mariupol** wurde **Petrowskoje** von Seiten der ukrainischen Kämpfer beschossen. Die ukrainischen Terroristen aus der 36. Marineinfanteriebrigade unter Leitung des Mörders A. Gnatow haben die Ortschaft mit verschiedenen Arten von Granatwerfern und Schusswaffen, auch großkalibrigen, beschossen.

In **Richtung Donezk** terrorisieren die Kämpfer im Verantwortungsbereich der 93. mechanisierten Brigade unter Anführerschaft des Kriegsverbrechers Klotschkow weiter friedliche Einwohner. Zielgerichtet wurden wieder Wohngebiete von **Dokutschajewsk** und der **Petrowskij-Bezirk von Donezk** beschossen. Der Gegner hat drei Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgefeuert, es wurde auch mit Antipanzernkraketen, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und großkalibrigen Schusswaffen geschossen.

Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **sechs Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Besatzungskräfte festgestellt.

Leider gab es Verletzte. In Folge eines zynischen Beschusses erlitt eine ältere zivile Einwohnerin, Walentina Iwanowna Tubol, geb. 1955, zahlreiche Splitterverletzungen mit

großem Blutverlust im Bereich des Rückens, des linken Oberschenkels und des linken Knies, sie wurde operativ in das zentrale Stadtkrankenhaus von Dokutschajewsk gebracht, die Tatsache des Genozids an der Zivilbevölkerung ist offensichtlich, außerdem wurden fünf Objekte der zivilen Infrastruktur beschädigt: Trawnycj-Straße 8 und 10; Donezkaja-Straße 48; Gornaja-Straße 21; Leninstraße 112. So sind hier die Folgen der Entscheidung des Kommandos der OOS, die nationalistischen Einheiten aus der Zone der Operation abzuziehen, offensichtlich. Diese Einheiten eröffnen zielgerichtet das Feuer auf Ortschaften, um die Erwidern des Feuers zu provozieren, um ihre Kampffähigkeit und Notwendigkeit zu demonstrieren. Außerdem lenken wir Ihre Aufmerksamkeit darauf, dass die ukrainischen Streitkräfte gemäß den täglichen Berichten des Stabs der Besatzungskräfte nur das Feuer auf Beschuss, die angeblich von unserer Seite stattfindet, erwidern. In der Erklärung des ukrainischen Kommandos vom 17. Juli wurde kein Beschuss aus Richtung Dokutschajewsk genannt, was ein weiteres Mal die Verlogenheit einer vom ukrainischen Militärkommando verbreiteten Information bestätigt.

Außerdem möchte ich anmerken, dass wir in der offiziellen Erklärung der Volksmiliz der DVR vom 14. Juli die Aufmerksamkeit auf den Fall des Selbstmords eines Soldaten der 2. Haubitzenartillerieabteilung der 92. mechanisierten Brigade gelenkt haben, der Selbstmord während des Wachdienstes beging, indem er sich mit seiner Dienstwaffe, einer AK-74, in den Kopf schoss. Da sie den offiziellen Berichten des Stabs der OOS über das Fehlen von Toten nicht trauten, haben einige ukrainischen Massenmedien eine eigene Ermittlung durchgeführt, die den von uns im Unterschied zu den offiziellen Vertretern der ukrainischen Militärbehörde veröffentlichten Fall bestätigt hat. Bis heute fehlt auf der Seite des Verteidigungsministeriums der Ukraine sowie der Militärstaatsanwaltschaft noch immer jede Informationen über den Vorfall. Wenn das Kommando der Operation der Besatzungskräfte nicht über diese Art von Informationen verfügt, so sind wir bereit, sie den ukrainischen Truppen täglich zur Verfügung zu stellen, und vielleicht wird die ukrainische Öffentlichkeit dann objektive Informationen erhalten.

de.sputniknews.com: „Unnötige Panzerautos“: Ukrainischer Politiker missbilligt Kiewer Waffen.

Der Abgeordnete des ukrainischen Parlaments (Werchowna Rada) Andrej Bilezki hat im Interview mit dem Sender ZIK die gegenwärtige Bewaffnung der Streitkräfte des Landes als katastrophal bezeichnet und die Gründe dafür gelüftet.

Die Abnutzung der Waffen, die seit den sowjetischen Zeiten in der Ukraine geblieben sind, sei beinahe kritisch, während die notwendige Ausrüstung wegen der Korruption nicht produziert werde, bemerkte Bilezki.

Die Kiewer Elite, so der Abgeordnete weiter, bevorzuge, nicht bei Staatsaufträgen zu stehen, sondern Geld mittels der Rüstungsindustrie zu waschen, in dem sie die Herstellung an ihre eigenen Privatfirmen übergeben.

Laut Bilezki versorgt der ukrainische Präsident Petro Poroschenko seine Armee mit „unnötigen Panzerautos und nicht funktionierenden Granatwerfern“ und bereichert sich durch solche Machenschaften.

„Hergestellt wird nicht, was gebraucht wird, sondern was ein Privatunternehmen herstellen kann“, erklärte Bilezki.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30158/55/301585504.jpg>

Dan-news.info: „Heute am vierten Jahrestag des Absturzes der malaysischen Boeing-777 bei Tores, fand am Ort der Tragödie, im Dorf Grabowo, eine Trauerkundgebung zum Gedenken an die Opfer der Katastrophe statt“, teilte die gesellschaftliche Bewegung Donezkaja Respublika mit.

An der Veranstaltung nahmen etwa 500 Menschen teil, darunter der Bürgermeister von Schachtjorsk Alexej Schwydki und der Sekretär der örtlichen Organisation von DR Eduard Galuschka. Die Kundgebungsteilnehmer legten Blumen am Denkmal nieder und zündeten Kerzen an. Außerdem fand eine Schweigeminute statt.

Ukrinform.ua: Poroschenko will Reaktion auf Russlands Blockade des Asowschen Meeres. Der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, hat in der gestrigen Sendung auf dem ukrainischen TV-Kanal ICTV mitgeteilt, er habe den Verteidigungsminister, den Chef des Generalstabs und die Führung der Seestreitkräfte der Ukraine angewiesen, ausreichende Maßnahmen zu ergreifen, um russische Provokationen mit der Blockierung der Schiffe, die in die ukrainischen Häfen im Asowschen Meer anlaufen, zu stoppen.

„Wir werden die illegale Aufbringung der ukrainischen und ausländischen Schiffe, die in die Richtung der ukrainischen Häfen und Mariupol kursieren, um den Bergbau-Metallurgie-Komplex im Donbass zu stoppen, nicht hinnehmen. Und zum heutigen Stand wurden von mir dem Verteidigungsminister, dem Chef des Generalstabs und der Führung der Seestreitkräfte der Ukraine entsprechende Befehle erteilt, ausreichende Maßnahmen zu treffen, um diese Verletzung des Gesetzes und russische Provokationen beim Durchfahren durch die ukrainische Straße von Kertsch zu stoppen“, sagte er.

Der Präsident stellte fest, dass Russland für diese Angriffe die besetzte und illegal annektierte Krim mit der sich dort illegal befindenden Schwarzmeer Flotte im besetzten Sewastopol nutzt. „Wir werden das nicht hinnehmen. Wenn wir Ukrainer unser Land nicht verteidigen, wird es niemand verteidigen“, sagte Poroschenko.

Gleichzeitig erinnerte er daran, dass die Besorgnis über die Situation im Asowschen Meer auch in der Erklärung des NATO-Gipfels verankert wurde.

Wie es berichtet wurde, habe die Zahl der Schiffe, die die Russische Föderation aufgebracht hat, die von und nach ukrainischen Häfen durch die Straße von Kertsch kursieren, nun 148 erreicht.

de.sputniknews.com: Vier Jahre nach MH17-Abschuss: Moskau will bei Ermittlung helfen – Westen lehnt ab.

Moskau ist laut dem stellvertretenden UN-Botschafter Russlands, Dmitri Poljanski, bereit,

Dokumente und Fachkräfte zur Aufklärung des Absturzes des Flugs MH17 über der Ostukraine im Juli 2014 bereitzustellen. Westliche Partner sind laut dem Diplomaten daran jedoch nicht besonders interessiert.

„Momentan sind wir gar nicht damit zufrieden, wie die Ermittlung durchgeführt wurde. Es entsteht der Eindruck, dass man sich über die sogenannte ‚russische Schuld‘ von Anfang an einig war, und wir haben keinerlei Illusionen in Bezug auf die Ermittlungsergebnisse“, so Poljanski.

Er betonte, die Ermittlung müsse die „Positionen aller Seiten einschließen, darunter auch die von Russland“.

„Russische Akten und russische Daten wurden mehrmals abgelehnt und daher nicht in die Ermittlungsergebnisse aufgenommen. Zugleich gibt es leider viele Verweise auf soziale Netzwerke und sehr fragliche Gruppen im Internet, die in solchen Fällen keine glaubwürdige Informationsquelle darstellen können“, so der Diplomat weiter.

Ein großer Teil der wichtigen Angaben zur Tragödie sei in dem Ermittlungsbericht gar nicht enthalten: „Sie (die westlichen Länder – Anm. d. Red.) ignorieren uns einfach, wir nehmen an der Ermittlung nicht teil. Und sie sagen, dass sie es entscheiden, ob sie Unterlagen aus Russland in die Ermittlung aufnehmen oder nicht.“

Dasselbe gelte für die ukrainische Seite: „Wir sind der Meinung, dass die ukrainische Seite viele Informationen hat, die bei ihnen nicht angefragt werden. Genau deshalb gehen wir davon aus, dass die Ermittlung weit davon entfernt ist, fair, umfassend und transparent zu sein.“

Eine der wichtigsten sei nach wie vor die Frage, warum die Ukrainer zugelassen hatten, dass ein Passagierflugzeug durch den Luftraum über einem Kriegsgebiet fliegt. Das widerspreche allen Regeln der internationalen Zivilluftfahrtorganisation.

Russland lehne die Kooperation keineswegs ab und wolle keinen Fragen ausweichen, betont Poljanski. „Wir haben viel zu sagen und viel zu tun.“

Australien hat am Dienstag die Hoffnung geäußert, dass unter Zusammenarbeit mit Russland ein Dialog über die Umstände eingeleitet werden kann, die zum Absturz von MH17 geführt haben.

„Am 25. Mai hatten Australien und die Niederlande erklärt, dass wir Russland für die Katastrophe verantwortlich machen. Wir hoffen, dass wir durch Gespräche mit Russland einen Dialog über die Umstände beginnen können, die zum Tod von Unschuldigen geführt haben“, heißt es in einer Erklärung der australischen Außenministerin Julie Bishop.

Das Joint Investigation Team (JIT) hatte zuvor Zwischenergebnisse der Ermittlung zur Tragödie vorgelegt. Im MH17-Team von JIT arbeiten die niederländische Staatsanwaltschaft und die niederländische Nationalpolizei mit den Polizei- und Justizbehörden von Australien, Belgien, Malaysia und der Ukraine zusammen. Die Ermittler behaupten, dass die Buk-Rakete, mit der die Boeing abgeschossen worden sei, aus der 53. russischen Luftabwehrbrigade stamme, die in Kursk stationiert gewesen sei.

Das russische Außenministerium kritisierte die Ermittlung jedoch als voreingenommen und einseitig: Die Vorwürfe gegen Russland seien unbegründet und bedauernd.

Später beklagte der russische Präsident Wladimir Putin, Russland werde von der Ermittlung der Katastrophe ausgeschlossen. Moskau werde die Ergebnisse nur in dem Fall anerkennen, wenn es an der Ermittlung in vollem Umfang beteiligt sei. Das Argument, die Rakete sei russischer Bauart gewesen, könne man nicht akzeptieren. Schließlich würden beide Seiten im Konflikt fast ausschließlich mit Waffen russischer oder sowjetischer Bauart kämpfen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31273/22/312732263.jpg>

ukrinform.ua: Außenministerium zum Jahrestag von MH17: Es ist eine Sache der Ehre, Schuldige zur Verantwortung zu ziehen.

Der 17. Juli bleibt für Ewigkeit in Erinnerung als der Tag des schrecklichen Terroranschlags mit 298 Todesopfern. Vor vier Jahren wurde der Flug MH17 von Malaysia Airlines durch die russische Buk-Rakete abgeschossen. Das erklärte das ukrainische Außenministerium zum vierten Jahrestag der Tragödie.

Das Ministerium sprach in dem Statement allen Angehörigen der Opfer sein Beileid aus.

„Heute ist es unsere gemeinsame Pflicht und eine Sache der Ehre, die Beteiligten am Abschuss des Flugs MH17 von Malaysia Airlines festzustellen und zur Verantwortung zu ziehen“, heißt es. Das Ministerium betonte, dass ein Ermittlerteam aus Vertretern der Ukraine, der Niederlande, Australiens, Belgiens und Malaysias sich mit der Aufklärung des Abschusses vier Jahre lang beschäftigt hätten. Nach Ergebnissen der Ermittler sei die Maschine mit einem Buk-Raketensystem aus Beständen der 53. Luftabwehr-Brigade, die in der russischen Stadt Kursk stationiert ist, abgeschossen worden.

Die Boeing von Malaysia Airlines mit Flugnummer MH17 wurde am 17. Juni 2014 über den besetzten Gebieten der Ostukraine abgeschossen. Die Maschine war auf dem Weg von Amsterdam nach Kuala Lumpur. Alle 298 Menschen an Bord kamen ums Leben.

de.sputniknews.com: Putin erinnert an ermordete US-Präsidenten.

Nach ermordeten politischen Gegnern befragt, hat sich der russische Präsident Wladimir Putin an die umgebrachten US-Präsidenten erinnert. Diese Frage war ihm während eines Interviews mit dem TV-Sender Fox News gestellt worden. Der Text des Interviews ist der Webseite des Kremls zu entnehmen.

Mit dem russischen Staatschef hatte der Journalist Chris Wallace gesprochen. „Ich möchte Sie nicht vom internationalen, sondern vom internen – russischen – Standpunkt aus fragen, warum so viele Menschen, die gegen Wladimir Putin auftreten, auf einmal ermordet worden waren?“, fragte er.

Unter den Opfern nannte der Moderator die Journalistin Anna Politkowskaja, die im Herbst 2006 im eigenen Haus ermordet wurde, und „den nahe dem Kreml umgebrachten Opponenten“ (wahrscheinlich ist der Politiker Boris Nemzow gemeint, der am 27. Februar 2015 auf der Bolschoi Moskworezki Brücke erschossen wurde – Anm. d. Red.). Er nannte auch den Namen des ehemaligen Mitarbeiters der GRU (russische Militäraufklärung – Anm. d. Red.), der im britischen Salisbury vergiftet wurde.

Putin sagte daraufhin, dass alle Menschen, die mit Staatstätigkeit beschäftigt sind, politische

Gegner hätten, darunter auch US-Präsident Donald Trump. Auf die Anmerkung von Wallace, ob sie leben, antwortete Putin, dass es nicht immer der Fall sei.

„Hat man bei Ihnen keine Präsidenten ermordet? Hätten Sie das etwa vergessen? Wo ist Kennedy erschossen worden – in den USA oder in Russland? Und was ist mit King passiert?“, erwiderte der russische Staatschef.

Der russische Präsident betonte zudem, dass die USA über viele derartige Probleme verfügten. „Was passiert überhaupt während der Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und den Mitgliedern einer Zivilgesellschaft, beispielsweise ethnischer Organisationen von Afroamerikanern? Passiert dies etwa bei uns oder doch bei euch? Das passiert bei euch“, unterstrich Putin.

Der Staatschef fügte hinzu, dass Russland „sich gewissermaßen noch in einem Zustand seines staatlichen Werdegangs befindet“ und dass sich solche Vorfälle im Land noch ereignen würden. „Wir kämpfen dagegen und ziehen die Leute zur Verantwortung, die dafür zuständig sind“, erklärte er. Putin ergänzte, dass in der Situation um Skripal die britische Seite keine konkreten Dokumente vorgelegt hätte.

Am 16. Juli hat ein Gipfeltreffen von Trump und Putin in Helsinki stattgefunden. Die Verhandlungen der beiden Staatschefs, einschließlich des Gesprächs unter vier Augen, dauerten fast vier Stunden.

Der 35. US-Präsident, John Kennedy, war im November 1963 in Dallas erschossen worden. Der Kämpfer für die Bürgerrechte der Schwarzhäutigen in den USA, Martin Luther King, war von einem Scharfschützen im April 1968 erschossen worden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32159/41/321594126.png>

de.sputniknews.com: Hauptproblem in Beziehungen Russland-USA benannt.

Die nukleare Abrüstung ist das Hauptproblem für die US-amerikanische und die russische Seite. Dies sagte US-Präsident Donald Trump in einem Interview mit dem US-Fernsehsender Fox News.

Laut Trump befinden sich 90 Prozent der Atomwaffen im Besitz Russlands und der USA. Der US-Präsident erinnerte daran, dass sein Amtsvorgänger Barak Obama das Hauptproblem in der globalen Erwärmung gesehen habe.

„Aber nein, ich würde sagen, unser Hauptproblem ist eine nukleare Erwärmung“, fügte Trump hinzu. Er ermahnte zur Vorsicht in dieser Frage.

Das erste Gipfeltreffen der Präsidenten Russlands und der USA, Wladimir Putin und Donald Trump, hat am Montag in Helsinki stattgefunden. Wie der US-Präsident äußerte, haben die beiden Seiten das gesamte Spektrum von Themen – vom Handel über militärische Fragen und Raketen bis hin zur nuklearen Thematik – erörtert.

Trump sagte ferner, dass Russland und die USA die größten kernwaffenbesitzenden Länder seien und sich miteinander gut vertragen müssten.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/32159/43/321594327.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des Leiters des Pressedienstes der Koordination der Volksmiliz der LVR:

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat sich nicht wesentlich verändert und bleibt angespannt.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner **zweimal das Regime der Feueereinstellung verletzt**.

Beschossen wurden die Gebiete von **Slawjanoserbsk und Shelobok**.

Dabei haben die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen eingesetzt.

Leider gab es Verluste. In der letzten Nacht **starben zwei unserer Soldaten** während des Dienstes durch Scharfschützenfeuer des Gegners. Helles Andenken den Verteidigern der Republik. Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser Mitgefühl aus.

Die ukrainischen Soldaten nutzen die Feueereinstellung von Seiten unserer Einheiten und befestigen weiter ihre Positionen an der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Nowotoschkowskoje, Popasnaja, Shelobok und Donezkij werden an den Frontpositionen von ukrainischen Soldaten technische Arbeiten zur Tarnung und zur Vervollkommnung von Befestigungseinrichtungen durchgeführt. Trotz der Anstrengungen der ukrainischen Soldaten sind wir immer auf die Entwicklung verschiedener Szenarien der Verschärfung der Lage vorbereitet.

Außerdem konzentrieren die ukrainischen Truppen weiter Kräfte in der Zone der Besatzungsoperation. Am 16. Juli wurde die Ankunft von einem 152mm-Geschütz 2A36 „Giazint-B“ an der Eisenbahnstation von Bachmutka bemerkt, dass für die 4. Artillerieabteilung der 26. Artilleriebrigade vorgesehen ist.

Außerdem plant das Kommando der ukrainischen Streitkräfte, im Rahmen der zweiseitigen militärisch-technischen Zusammenarbeit die Armee mit französischen Ortungskomplexen für Scharfschützen des Unternehmens „Cilas“ auszustatten. Entsprechend zuvor zwischen Kiew und Paris abgeschlossenen Vereinbarungen ist in der nächsten Zeit die Lieferung von 20 solcher Komplexe in die Zone des Genozids am Volk des Donbass zu erwarten.

Das Niveau der militärischen Disziplin und der moralisch-psychischen Zustand der ukrainischen Soldaten sind weiter mangelhaft.

In der 72. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte fügte am 14. Juli der Gefreite Sarshin in betrunkenem Zustand dem Kommandeur eines Zugs Unterleutnant Semljanskij schwere Körperverletzungen (Kieferbruch) zu.

In Folge dieses Vorfalles hat der militärische Rechtsordnungsdienst in den Einheiten der Brigade Arbeiten zur Entdeckung von betrunkenen und drogensüchtigen Soldaten durchgeführt.

Das Kommando der Besatzungskräfte hat den Kommandeuren der unterstellten Verbände und Truppenteile Anweisungen erteilt, zusätzliche Unterrichtseinheiten durchzuführen, die auf die Vermeidung von Alkohol- und Drogenkonsum zielen.

Zum Abschluss will ich erklären, dass die strenge Einhaltung des Regimes der Feueinstellung, des sogenannten „Erntewaffenstillstands“ ein unabdingbarer Teil des Maßnahmenkomplexes zur Gewährleistung der Verteidigung und Sicherheit unserer Republik ist. Unsere Bestrebungen zu einer friedlichen Regelung des Konflikts bleiben unverändert. Die Einheiten der Volksmiliz eröffnen das Feuer nicht, aber sie tun aufmerksam Dienst. Im Fall einer Gefahr oder einer Provokation von Seiten der ukrainischen Truppen, sind wir zu einer adäquaten Antwort bereit.

de.sputniknews.com: Panik in USA: Trump „verrät“ Vaterland und erhält Einfluss-Instrument von Putin.

Iwan Danilow

Das Gipfeltreffen in Helsinki sollte schon deshalb stattfinden, um die Reaktion westlicher Politiker, Experten und sonstiger Medienarbeiter genießen zu können. Wie man der Panik und dem Hass entnehmen kann, ist das Zusammentreffen zwischen Trump und Putin wohl gelungen.

Zuvor hatte der russische Außenminister Sergej Lawrow auf die Frage, wie das Treffen Putins und Trumps verlief, geantwortet, dass die Gespräche „einfach klasse“ verlaufen seien. Zur selben Zeit riefen Vertreter des amerikanischen politischen Establishments zu einem Militärputsch und Sturz des „Verräters Trump“ auf.

So schrieb beispielsweise Kongressmitglied Steve Cohen auf Twitter: „Wo sind unsere Militärs? Der Oberbefehlshaber ist in Händen des Feindes!“

Der ehemalige CIA-Chef John Brennan äußerte Folgendes: „Die Pressekonferenz von Donald Trump in Helsinki ist sogar mehr als ein ‚ernsthaftes Verbrechen‘ (für ein Amtsenthebungsverfahren - Anm. d. Red.). Das war ein wahrer Landesverrat. Die Kommentare Trumps waren nicht einfach nur idiotisch. Sie spielen Putin in die Hände. Republikanische Patrioten, wo seid ihr?“

Die britischen Staatsmedien folgten den US-Kollegen Schritt für Schritt: „Trump stellte sich auf die Seite Putins gegen das FBI“, hieß es bei BBC. #TreasonSummit – (Summit des Verrats), so lautet zur Zeit der populärste Hashtag im US-Segment von Twitter.

Senator John McCain hob in einer Sondererklärung zum Gipfel hervor, dass das Treffen ein „tragischer Fehler“ gewesen sei. Zudem sagte er, dass Trump sich von einem „Tyranen“ habe demütigen lassen.

Der Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses, der Republikaner Paul Ryan, übte ebenfalls Kritik an Trump: „Der Präsident muss verstehen, dass Russland kein Verbündeter für uns ist. Es gibt keine moralische Gleichheit zwischen den USA und Russland, das feindselig gegenüber unseren Grundwerten und Idealen ist. Die USA sollten sich darauf konzentrieren, Russland für das Geschehene zur Verantwortung zu ziehen und böswillige Attacken gegen die Demokratie zu stoppen.“

Man sollte bedenken, dass der Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses somit ziemlich klar die übliche Doktrin der moralischen Überlegenheit der USA gegenüber Russland formulierte: Die USA haben das moralische Recht, sich in fremde Wahlen einzumischen, Präsidenten anderer Staaten zu töten, andere Staaten ohne UN-Mandat zu zerbomben und ohne Gericht Menschenleben zu nehmen. Trotz alledem behalten die USA eine moralische Überlegenheit gegenüber Russland - allein deswegen, weil Washington „hohe Ideale und Werte“ besitze. Dies zeugt davon, dass es im amerikanischen politischen Establishment eine Gruppe von

Politikern gibt, mit denen ein Dialog aus allgemein menschlichen Positionen prinzipiell unmöglich ist. Diese Politiker sind einfach nicht im Stande, die Gleichheit der Rechte sowohl bei Amerikanern als auch Vertretern anderer Staaten anzuerkennen. Im Vergleich dazu könnte man die pragmatische und manchmal auch zynische Politik Trumps schon fast als ein Vorbild des Humanismus bezeichnen.

Wenn man die Medien- und politische Reaktion auf den Gipfel betrachtet, könnte man den Schluss ziehen, dass eine Rebellion gegen „Verräter Trump“ im Gange sei, doch das wäre fehlerhaft. Bei vielen Amerikanern löste die Medien-Hysterie Lachen und sogar eine Art Erleichterung aus – wenn das bei vielen Wählern gehasste Establishment so böse auf den Staatschef ist, zeugt das ja davon, dass der Präsident auf dem richtigen Weg sei. Wenn US-Senator Lindsey Graham beinahe hysterisch fordert, dass der von Putin überreichte WM-Ball auf Spionagegeräte geprüft werden müsse, dann macht er sich selbst zu einer Lachnummer. Sicher ist die Mehrheit der US-Bürger der Meinung, dass ein Frieden mit Russland deutlich besser als ein Krieg gegen Russland ist, den Clinton-Anhänger zu entfachen versuchen. Jack Posobiec, ein Medien-Experte der Trump-Kampagne, brachte diese Idee bereits auf Twitter zum Ausdruck: „Es sollen diejenigen die Hand heben, die keinen Krieg gegen eine andere Atommacht wegen der Tatsache entfachen wollen, dass das E-Mail-Passwort von John Podesta das Wort ‚Passw0rt‘ war.“

Zudem führen die medialen Anstrengungen zur Förderung des Mythos über die entscheidende Rolle Russlands bei der Wahl Trumps zu unerwarteten Nebenwirkungen. So hatte bei einer Live-Übertragung des US-Parlamentssenders C-Span eine Einwohnerin des US-Bundesstaates Kentucky angerufen, die sich für die Einmischung in die Wahlen direkt bei den Russen bedankte, da dies Clinton daran gehindert haben soll, Präsidentin zu werden. Für einen bedeutenden Teil der Öffentlichkeit ist das Schema „Der Feindesfeind ist mein Freund“ somit wohl vollkommen in Ordnung. Als ein solcher gemeinsamer Feind soll wohl der Clinton-Clan gelten.

In dieser Hinsicht ist es dann durchaus nachvollziehbar, dass Wladimir Putin mit seinen Äußerungen die US-Medienlandschaft wortwörtlich in Flammen setzte und nach dem Gipfel in Helsinki den ein oder anderen Amerikaner für sich gewinnen konnte.

Bei einer Pressekonferenz nach dem Treffen erwähnte Putin zudem George Soros, der sich in die Wahlen in der ganzen Welt einmischen soll, und zeigte sich auch informiert über die Finanzierung des Wahlkampfes von Hillary Clinton mit dem angeblich schmutzigen Geld von Bill Browder. Dies sorgte für viel Begeisterung bei radikalen Anhängern der Republikanischen Partei, für die der Tadel von Soros oder Clinton als eine eindeutige Eintrittskarte in den Club dient und quasi auch davon zeugt, ob ein Gesprächspartner ein Freund und potentieller Verbündeter ist.

Der Gipfel in Helsinki war im gewissen Sinne ergiebiger, als das zu erwarten war. Vor dem Gipfel schrieb ich, dass „wenn zwei Meister des politischen Realismus sich einig werden, dies eine gute Nachricht für die ganze Welt ist. Schon deswegen, weil Kanonen schweigen, wenn Pragmatiker übereinkommen.“

Donald Trump sagte nach dem Helsinki-Besuch: **„Ich werde lieber ein politisches Risiko im Streben nach Frieden zulassen, als den Frieden zugunsten der Politik zu riskieren.“**

Das ist eine sehr untypische Position für das US-Establishment. Sie bietet auch eine gewisse Hoffnung darauf, dass es tatsächlich eine Chance auf Frieden gibt, und diese Chancen sich nach dem Gipfel mehren.

de.sputniknews.com: Helsinki-Vereinbarungen: Russisches Verteidigungsministerium zur Umsetzung bereit.

Das Verteidigungsministerium in Moskau hat sich bereit erklärt, mit der Umsetzung der jüngsten Vereinbarungen zwischen Präsident Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen

Donald Trump im Sicherheitsbereich zu beginnen. Es sollen unter anderem über die Generalstäbe der beiden Länder die Kontakte mit den US-Kollegen aktiviert werden. „Das russische Verteidigungsministerium ist zu einer praktischen Umsetzung der Vereinbarungen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und US-Präsident Donald Trump im Bereich der internationalen Sicherheit bereit, die zuvor beim Gipfel in Helsinki getroffen wurden“, teilt der Sprecher der Behörde, Generalmajor Igor Konaschenkow, am Dienstag mit.

Das russische Ministerium sei bereit, die Kontakte mit den US-Kollegen über die Generalstäbe und andere existierende Kommunikationskanäle zu aktivieren, um die Verlängerung des Vertrags zur Verringerung strategischer Waffen (START), die Zusammenarbeit in Syrien und andere aktuelle Fragen der militärischen Sicherheit zu besprechen.

Bei dem gestrigen Gipfel in Helsinki hatte Putin Trump versichert, Moskau sei zu einer Verlängerung des START-Vertrags bereit. Es müssten nur Einzelheiten erörtert werden. Die beiden Staatschefs trafen außerdem Vereinbarungen in Bezug auf die Zusammenarbeit in Syrien. Trump betonte, dass dies Hunderttausende Leben retten kann.

Abends:

Dnr-online.ru: Im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft in der RF hatte Wladimir Putin das offizielle Kiew offen vor Versuchen gewarnt, die Situation im Donbass während der WM zu verschärfen. Wie sich die Warnung auf die militärische Situation und die Position der Ukraine im Minsker Prozess ausgewirkt hat, berichtete der ständige bevollmächtigte Vertreter der Republik in der Kontaktgruppe Denis Puschilin.

„Die Rhetorik Kiews hat sich nur an der Kontaktlinie geändert. Sie schießen weniger, von ernsthaften Provokationen nehmen sie Abstand. Sie wären wohl durchgeführt worden, wenn es nicht zwei Ursachen gäbe. Erstens – wir haben in den Medien die größtmögliche Aufmerksamkeit auf Informationen unserer Aufklärung im Bereich der Technik und der Truppen der ukrainischen Streitkräfte entlang der Abgrenzungslinie gelenkt. Und die zweite Ursache – die unzweideutige Erklärung Wladimir Putins bezüglich der Zukunft der Ukraine bzw. des Fehlens dieser Zukunft, wenn sie irgendwelche destruktiven Schritte während der WM tun. Sie waren eingeschüchtert und wir sehen, dass es an der Kontaktlinie relativ ruhig ist“, sagte er.

Bezüglich des Verhandlungsprozesses stellte der Bevollmächtigte der Republik fest, dass die Ukraine bei den Sitzungen der dreiseitigen Kontaktgruppe weiterhin die Arbeit sabotiert. Und die destruktive Position Kiews ist nach den Worten Puschilins auch schon für die Garantenstaaten der Minsker Vereinbarungen zu sehen.

„Es ist eine Sache es zu verstehen, eine andere es öffentlich zu machen und die Schuldigen zu benennen, darunter auch sich selbst. Deutschland und Frankreich waren an dem Staatsstreich beteiligt, der in Kiew stattfand. Und wenn sie jetzt offen die Schuld der Ukraine zugeben, erklären sie sich selbst für schuldig. Deshalb nehmen sie von einer solchen Rhetorik Abstand und versuchen die Ukraine in jeglicher Weise zu unterstützen und erkennen dabei sehr gut, dass es bereits nicht mehr möglich ist, sie in dieser oder jener Situation „herauszureden“. Die Ukraine ist jetzt ein Ballast. Wir haben bei den Verhandlungen von Putin und Trump gesehen, dass die Ukraine aus der Tagesordnung fällt und nur nebenbei erwähnt wird. Vermutlich wird Europa in dieselbe Richtung gehen“, fasste Puschilin zusammen.

de.sputniknews.com: USA drohen Russland mit neuen Sanktionen.

Die USA können neue Sanktionen gegen Russland verhängen, wenn der Kongress es für nötig hält. Dies erklärte laut Reuters der Sprecher des US-Repräsentantenhauses, Paul Ryan, am Dienstag.

„Russland ist ein gefährlicher Staat, der unsere Interessen und Werte nicht teilt“, äußerte er und fügte hinzu, dass er „mit neuen Einschränkungsmaßnahmen mehr als glücklich sein wird“.

Ryan betonte zudem, dass es Moskau diesmal nicht gelingen werde, der Bestrafung für die Einmischung in die US-Präsidentenwahlen 2016 auszuweichen. „Wollen wir doch maximal konkret sein: Russland hat sich in unsere Wahlen eingemischt“, so Ryan.

Am 13. Juli hatten US-Geheimdienste zwölf Mitarbeitern russischer Geheimdienste in Kontumaz Einmischung in die US-Wahlen vorgeworfen. Das US-Justizministerium geht davon aus, dass die Russen unter dem Hacker-Nick Guccifer 2.0 gehandelt und die E-Mail-Kontos von Hillary Clinton und von zwei Ausschüssen der Demokratischen Partei – dem nationalen und dem für Kongresswahlen – aufgebrochen haben.

de.sputniknews.com: Deutschland hadert nach Helsinki mit Trump und Putin – Sie wollten Hillary Clinton.

Andreas Peter

Nach dem Gipfel von Helsinki überschlugen sich US-amerikanische und bundesdeutsche Politiker und Medien in ihrer Kritik am US-Präsidenten. Dabei wird immer deutlicher, dass nicht die Politik von Donald Trump oder ein möglicherweise zu nachsichtiger Umgang mit Russland das Problem für die Kritiker ist, sondern der Schmerz über die eigene Niederlage. Die Reaktionen in Deutschland nach dem Treffen von Helsinki haben eine Bandbreite von hilf- und ratlos bis zu blanker Verzweiflung und Zorn.

Der Schmerz sitzt tief bei denen, die mit Entsetzen zusehen müssen, wie ein US-Präsident fast täglich und offenbar ohne Schmerzen die verlogene Theaterkulisse der moralisch überlegenen westlichen Wertegemeinschaft zertrümmert, und dass sich dieser US-Präsident offenbar auch über die fassungslosen bis wütenden Reaktionen zu amüsieren scheint. Den wohl wichtigsten Satz, der die ganze Aufregung am besten erklärt, sagte Donald Trump in Helsinki eher beiläufig:

„Ich habe bei dieser Präsidentenwahl gewonnen, Hillary Clinton hat verloren.“

Genau das aber ist der springende Punkt. Man mag über den 45. Präsidenten der USA denken, was immer man will. Aber er ist der gewählte Präsident. Und genau das können seine Kritiker einfach nicht verwinden.

Der zweite Grund ist genauso banal wie logisch. An Russland kommt niemand mehr vorbei. Und damit eben auch nicht an seinem Präsidenten. Das tut vor allem jenen Hetzern in Deutschland weh, die in den zurückliegenden Jahren aus allen Rohren gegen Russland und Wladimir Putin feuerten. Und weil sie sich mehr mit Beschimpfungen und Unterstellungen beschäftigen, haben sie eben auch kein Ohr und keine Aufmerksamkeit dafür gehabt, dass Putin in Helsinki der Ukraine und damit auch dem Westen die Hand reichte, was die hoch umstrittene Gas-Pipeline Nord Stream 2 und die damit verbundenen Einnahmeverluste für die Ukraine angeht:

„Ich habe dem Herrn Präsidenten versichert, dass Russland bereit ist, nach wie vor Erdgas über die Ukraine nach Europa zu liefern. Mehr noch. Wir sind bereit, den Transitvertrag zu verlängern. Dieser Vertrag läuft nächstes Jahr aus. Vorausgesetzt, dass die Wirtschaftssubjekte im Schiedsgericht in Stockholm ihre Streitigkeiten regeln können.“

Natürlich ist niemand verpflichtet, die derzeitigen Staatsoberhäupter der USA und Russlands und ihr Agieren zu mögen. Ebenso gibt es keine Pflicht, das Treffen von Helsinki toll zu finden. Nur eines kann man erwarten - dass man Realitäten zur Kenntnis nimmt.

https://video.img.ria.ru/Out/Flv/20180717/2018_07_17_READHelsinki_xyvavi5n.st4.mp4